

Antrag

der Fraktion der AfD

Sicherstellung der Erdgasversorgung von Verbrauchern und Wirtschaft in Rheinland-Pfalz

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, dem „Klimaschutzplan 2050“ der Bundesregierung in der vorliegenden Form nicht zuzustimmen. Dieser Plan zielt u. a. auf die Eliminierung von Erdgas als Brennstoff und Rohstoff ab und sieht den praktisch unbeschränkten Ausbau von Windkraftanlagen vor; beides würde der Bevölkerung und der Wirtschaft des Landes schaden. Der Landtag fordert die Landesregierung ferner auf, den „Klimaschutzplan 2050“ dem Landtag zur Beratung zuzuleiten und dazu die Stellungnahmen der rheinland-pfälzischen Wirtschaftsverbände sowie der Organisationen der Verbraucher und Mieter einzuholen. Die Landesregierung wird überdies ersucht, dem Landtag darzulegen, mit welchen Stellungnahmen und Voten sie an der Entwicklung des „Klimaschutzplans 2050“ beteiligt war.

Begründung:

Die Bundesregierung hat im November 2016 einen „Klimaschutzplan 2050“ beschlossen. Dieser Plan sieht die nahezu vollständige „Dekarbonisierung“ aller Lebensbereiche bis 2050 vor. Dieser Plan soll der Klimaschutzkonferenz in Marrakesch vorgelegt werden. Der Hausentwurf des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) dieses Plans liegt seit dem 6. September 2016 vor. Die Landesregierung hatte – wie andere Landesregierungen auch und wie viele Verbände in den Jahren davor – Gelegenheit, sich mit diesen Planungen auseinanderzusetzen, u. a. weil sie in den Delegiertengremien zur Begleitung dieser Planungen durch das für Klimaschutz und Energie zuständige Landesministerium vertreten war.

In dem Klimaschutzplan 2050 werden viele Maßnahmen zur nahezu vollständigen Eliminierung aller fossilen Brennstoffe einschließlich des Brenn- und Rohstoffes Erdgas festgelegt. Eine beispielhafte Programmäußerung: „In den nächsten Jahrzehnten müssen wir den Brennstoff Erdgas durch CO₂-neutrales regenerativ erzeugtes Gas ersetzen“ (BMUB-Hausentwurf, Seite 9). In diesem Plan wird ferner festgelegt, dass der Ausstieg aus dem Erdgas bereits im Jahre 2030 im Gange sein und dann im Jahre 2050 vollendet werden soll.

Die Verbände der Gaswirtschaft haben sich mit den Plänen der Bundesregierung kritisch auseinandergesetzt. Auch in den Medien wurde auf die Probleme eines Gasausstiegs hingewiesen. Beispiele: „Turbo-Energiewende statt Gas aus Russland“ (Spiegel online, 3. August 2014); „Bundesregierung will den Deutschen das Gas abdrehen“ (Die Welt, 31. Oktober 2016).

Der Ausstieg aus dem Erdgas würde den edelsten fossilen Rohstoff eliminieren. Denkbare Ersatzlösungen wären schlechter und unabsehbar teuer. Dem rheinland-pfälzischen Gewerbe würde der wichtigste Brennstoff fehlen; die chemische Industrie des Landes ist auf Erdgas als Brenn- und Rohstoff angewiesen; die gesicherte und grundlastfähige Stromerzeugung in Rheinland-Pfalz beruht auf Erdgas; die bei Weitem wichtigste Wärmequelle für Wohnungen und andere Gebäude ist Erdgas.

b. w.

Speziell aus rheinland-pfälzischer Sicht ist noch auf drei Sachverhalte hinzuweisen:

- Die im Klimaschutzplan vorgesehene Erzeugung eines Ersatzgases mit der Hilfe von Windkraft wäre unzuverlässig und würde den schrankenlosen Ausbau der Windkraftanlagen im Lande bedeuten.
- Erdgas ist in Rheinland-Pfalz als Energieträger besonders bedeutsam, weil in unserem Land weder Kohle noch Kernkraft nennenswert zur Energieerzeugung eingesetzt werden.
- Für die Versorgung von Gebäuden mit Wärme sieht der Klimaschutzplan in erster Linie Wärmepumpen vor, die elektrisch angetrieben sind. Eine solche Lösung wäre für die Mieter und Eigentümer teurer und würde überdies den Ausbau der Windkraft und Stromimporte bedeuten.

Für die Fraktion:
Dr. Jan Bollinger